

Regierungsschelte oder Medienhype? Replik zum Bananengate

Adrian Ritz

Spesen von Regierungsmitgliedern sind heikel, und Ungereimtheiten vermögen das Vertrauen zu untergraben. Die Berichterstattungen zum aktuellen Berner Fall, der von den Medien in Anlehnung an die Finanzaffäre von 1984 zu einer grossen Spesenaffäre emporstilisiert wurde, haben eine gewisse Wirkung erzielt.

In Onlinekommentaren und vor der TV-Kamera zeigten sich Herr und Frau Schweizer erstaunt bis erobert über das magistrale Verhalten. Die Reputation eines Regierungsrats, der einzelne Bananen und Weiteres im tiefen Rappen- und Frankenbereich abgerechnet haben soll, wird angegriffen.

Das Vertrauen der Bevölkerung ist das höchste Gut, das eine Regierung kennt. Ihre Reputation ist Kapital, wenn es um die Legitimation ihrer Entscheide geht. Vertrauen in den Staat entsteht durch Personen und Institutionen; also durch Regierungspersonen, die Spesen korrekt abrechnen, und durch Prozesse, die dem Zweck eines Spesenreglements dienen.

Was hat im aktuellen Berner Fall nicht funktioniert?

So wie die Sachlage aussieht, waren die Personen nicht das Problem. Es scheint, dass kein unrechtmässiges Verhalten vorliegt, allenfalls etwas Kleinkrämerei. Aber ein Regierungsmitglied, bei dem innert dreier Jahre nur drei fragliche Spesenabrechnungen im Umfang von sieben Franken und fünf- und fünfzig Rappen gefunden wurden, missbraucht nicht systematisch Steuergeld.

Auch die anderen Regierungspersonen haben kaum Nennenswertes auf ihren Spesenzetteln. Mit Augenmass betrachtet, verursachen sie allesamt nicht die geringste Delle im 12-Milliarden-Haushalt des Kantons, auch wenn man den damit verbundenen Arbeitsaufwand berücksichtigt.

Waren die Institutionen das Problem? Schon eher. Denn Regierungsmitglieder sollten

solche Kleinstbeträge nicht abrechnen können.

Auch wenn für Spesenabrechnungen nicht primär die Höhe der Spesen, sondern deren materieller Gehalt entscheidend ist, fehlt es in den institutionellen Regularien an Bandbreiten. Das Spesenreglement muss dem Schutz der Betroffenen dienen. Eine umfassendere Pauschalisierungsregel, Minimalgrenzen oder Nachhaken seitens Finanzabteilung und Finanzkontrolle sind nötig. Die Nüchternheit der regierungsrätlichen Medienmitteilung zeigt, darum und um nichts anderes geht es.

Aus institutioneller Sicht ist auch die Rolle der Medien zu beleuchten. In einer Mediengesellschaft setzen diese vermehrt auf Personalisierung und Konfliktorientierung. Regierungshandeln steht von daher unter besonderer Medienaufmerksamkeit. Wie man aktuell sieht, wächst der mediale Resonanzkörper innert Kürze massiv an.

Kritisch darf die Frage gestellt werden, ob die Medien ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen, wenn die krampfhaft Suchende nach einer emotionalen Story nichts als bananengrosse Kleinigkeiten zutage fördert. Auf dem Höhepunkt wird der Meinungsjournalismus noch mit etwas Volkszorn untermalt und nährt sich selbst repetitiv aus Onlinekommentaren.

Wäre nicht etwas sachbezogenere und multiperspektivische Berichterstattung für alle Beteiligten nachhaltiger? Wünschenswert ist es allemal.

Werden aber die Lücken in den Spesenregularien geschlossen, sodass es künftig solche Angriffsflächen für die Regierung nicht mehr gibt, dann haben die Institutionen inklusive Medien ihre Aufgaben erfüllt – auch wenn die Wellen angesichts der Kleinlichkeiten und Nichtigkeiten auf den Spesenzetteln etwas sehr hoch schwappten.

Adrian Ritz ist Professor für Public Management an der Universität Bern